

Das Energieproblem – Herausforderung an die Entschlußfähigkeit unserer Gesellschaft

Die Lösung des Energieproblems ist zu einer existentiellen Herausforderung unserer Zeit geworden. Die rechtzeitige Sicherung der zukünftigen Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu tragbaren Preisen ist Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Humanisierung der Arbeitswelt, Erhaltung des sozialen Netzes und Sicherung der politischen Stabilität.

In den 80er Jahren sind in der Bundesrepublik Deutschland große energiepolitische Anpassungen notwendig, wozu die Weichen — wegen der langfristigen Planung in diesem Bereich — bereits heute gestellt werden müssen. Die Entwicklungs- und Vorlaufzeiten im Energiesektor dauern bis zu 20 Jahren. Allein die Zeit zwischen Planungsbeginn und voller Lieferfähigkeit beträgt z. B. bei Kernkraftwerken 10 Jahre und bei Kohlekraftwerken sechs bis acht Jahre. Alternative Energiequellen werden erst nach zehn und mehr Jahren in beachtenswertem Umfang zur Verfügung stehen. Die Veränderungen auf dem Energiemarkt verlangen auch von den Energieverbrauchern erhebliche Umstellungen. Merkliche Erfolge werden hier ebenfalls erst nach großen Zeitspannen spürbar. Deshalb ist Zeit so knapp wie Energie.

Die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland muß berücksichtigen, daß die Energieversorgung heute sowie in der Zukunft durch große Unsicherheitsfaktoren beeinflußt wird. Seit im Jahr 1973 das Öl als politische Waffe entdeckt wurde, ist die Deckung des Energiebedarfs nicht nur teurer, sondern auch risikoreicher

geworden. Politische Faktoren bestimmen in erheblichem Maße die Bereitschaft der Förderländer, uns mit Energie zu versorgen. Dies gilt heute vor allem für die andauernde Spannungssituation im Nahen und Mittleren Osten. Derartige Krisensituationen können jedoch jederzeit in anderen Regionen entstehen. Die Energie- bzw. Rohstofffrage bestimmt die jeweilige Interessenlage bei politischen Auseinandersetzungen mehr denn je.

Daher muß eine zukunftsorientierte Energiepolitik verlässliche Rahmenbedingungen für Planung und Investitionsentscheidungen der Energiewirtschaft vorgeben.

Das staatliche Handeln muß innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in gesteigertem Maße die Dringlichkeit der Energieversorgungsprobleme berücksichtigen. Nur die Fähigkeit zu einer schnellen Anpassung der Energiestrukturen an die sich verändernden Bedingungen kann langfristig unsere Energieversorgung sicherer machen.

Das energiepolitische Konzept der Bundesregierung

Nach der Ölkrise 1973/74 waren sich alle Fraktionen des Bundestages sowie die Bundesregierung darin einig, daß die Importabhängigkeit unseres Landes vom Öl, die zu diesem Zeitpunkt bei über 50 % des Primärenergiebedarfs lag, spürbar vermindert werden muß.

Während das Energiepolitische Programm der Bundesregierung vom 3. Oktober 1973 noch eine Kernkraftwerkskapazität von 18 000 Megawatt bis 1980 und von 40 000 Megawatt bis 1985 als Minimalziele nannte, wurde 1974 in der 1. Fortschreibung des Energieprogramms sogar eine Aufstockung der Kernkraftwerksleistung auf 20 000 Megawatt für 1980 und auf 45 000 Megawatt — wenn möglich sogar 50 000 Megawatt — für 1985 als erforderlich angesehen. Im folgenden heißt es dann:

„Die Bundesregierung wird alles tun, um diese Ziele zu verwirklichen. Sie fordert Länder, Wirtschaft und alle Beteiligten auf, hieran mitzuwirken. Falls die geplante Größenordnung der Kernenergiiekapazität nicht erreicht würde, wären schwerwiegende Folgen für die Energieversorgung unvermeidlich.“

Damit hatte die Bundesregierung neben einem Maßnahmenkatalog zur Förderung neuer Technologien und zur Energieeinsparung eindeutige energiepolitische Daten

zur Deckung des zukünftigen Energiebedarfs vorgegeben. An deren Verwirklichung muß sich die Glaubwürdigkeit ihrer Energiepolitik messen lassen.

Bundeskanzler Schmidt in der Zwangsjacke der Parteitagsbeschlüsse von SPD und FDP

Während die Bundesregierung glaubte, mit ihrer energiepolitischen Konzeption des Jahres 1974 einen einigermaßen realistischen Weg einschlagen zu können, setzte in den Koalitionsparteien eine Entwicklung ein, die diesem Konzept direkt zuwiderlief. Am 26. Juni 1977 äußerte sich dieses Unbehagen in einem Beschuß des Bundeshauptausschusses der FDP. Hier heißt es: „*Der Forderung nach sofortiger Betriebseinstellung der bereits operierenden Kernkraftwerke (6 500 Megawatt) wird ebensowenig zugestimmt wie einem Konzept, Kernenergie besonders stark zu forcieren (1985: 30 000 Megawatt).*“

Auf ihrem Bundesparteitag im November 1977 beschloß die FDP dann: „*Der Forderung nach Aufrechterhaltung der Option für Kerntechnologie(n) steht die Forderung nach Aufrechterhaltung der Option gegen Kerntechnologie(n) gegenüber.*“ Damit war dem Energiepolitischen Konzept der Bundesregierung von seiten der FDP eindeutig die Grundlage entzogen worden.

Der SPD-Parteitag vom 15. bis 19. November 1977 in Hamburg schlug in die gleiche Kerbe. Er beschloß: „*Entsprechend der Festlegung des Vorranges der deutschen Stein- und Braunkohle für die deutsche Elektrizitätserzeugung darf der Bau neuer Kernkraftwerke nur genehmigt werden, wenn der zusätzliche Energiebedarf nicht durch Kohlekraftwerke gedeckt werden kann.*“

Auf ihrem Mainzer Parteitag 1978 lehnte die FDP „die kommerzielle Nutzung der Schnellen-Brüter-Technologie ab“. Sie forderte, alle Möglichkeiten der rationellen Energieausnutzung und alternative Energien so weit zu nutzen, daß der Einsatz von Kernenergie überflüssig werden könnte.

Diese Kernkraftbeschlüsse brachten die FDP in eindeutigen Gegensatz zur energiepolitischen Konzeption der Bundesregierung. Auch in Nordrhein-Westfalen steuerte die FDP einen energiepolitischen Oppositionskurs. Der nordrhein-westfälische Innenminister Hirsch (FDP) versuchte, die Diskussion über die Sicherheitsrisiken der Kernenergienutzung dadurch anzuheizen, daß er eine irgendwo aufgefundene

Akte mit technisch veralteten Inhalten über das Kalkar-Projekt als „Beweismittel“ für mangelnde Sicherheit heranzog.

Um der in der Energiepolitik zerstrittenen Düsseldorfer Koalition weiterzuhelpfen, bereitete die Bonner Koalition einen Entschließungsantrag vor, mit dem sich der Bundestag für den Weiterbau des schnellen Brüters aussprechen sollte. Doch auch auf Bundesebene zeigte sich, daß die SPD/FDP-Koalition zur Durchsetzung ihrer energiepolitischen Konzeption keine parlamentarische Mehrheit hat. In der FDP-Bundestagsfraktion hielt man sich an den Beschuß des Mainzer Parteitages. Eine starke Gruppe signalisierte die Verweigerung der Zustimmung. Während Bundeskanzler Schmidt sich bereits mit dem Gedanken anfreundete, angesichts des Verlustes seiner parlamentarischen Mehrheit die Vertrauensfrage zu stellen, gelang es der bundespolitischen Spalte der FDP nur noch im letzten Moment durch eine geschlossene Rücktrittsdrohung, die „Brüter-Rebellen“ in ihren eigenen Reihen noch einmal gefügig zu machen.

Auf dem Parteitag 1979 in Bremen schließlich konnte sich die FDP, durch die Rücktrittsdrohung von Vizekanzler Genscher aufgeschreckt, nur zu einem gequälten und von vielen Vorbehalten abgeschwächten Ja zur Kernenergie entschließen. Aber noch in Bremen kündigen weite Teile der Partei an, daß der Kampf gegen die Kernenergie weitergehen werde.

Der Beschuß des SPD-Parteitages vom Dezember 1979 in Berlin weist zwar auf die Konflikte im Nahen Osten und die Bedrohung der Ölversorgung hin; da aber die nötigen Schlußfolgerungen nicht gezogen wurden, ist er widersprüchlich.

Dieser Parteitag erneuert die auf dem Hamburger Parteitag 1977 beschlossene Option für Kernenergie und fügt hinzu, daß „*die Option, künftig auf Kernenergie verzichten zu können, geöffnet werden soll*“. Dies ist eine Formel, die jede Festlegung vermeidet und eine klare Entscheidung auf ungewisse Zeit vertagt.

Während auf dem diesjährigen Wirtschaftsgipfel in Venedig Helmut Schmidt forderte: „*Der Einsatz der Kernkraft muß gesteigert werden, wenn der Weltenergiebedarf gedeckt werden soll. Wir werden daher unsere Kernkraftkapazitäten ausbauen müssen*“, empfahl nahezu zur gleichen Zeit die vom SPD-Abgeordneten Überhorst geleitete Enquete-Kommission „*Zukünftige Kernenergiepolitik*“, lediglich eine „*Option Kernenergie*“ offenzuhalten und die endgültige Entscheidung auf 1990 zu vertagen.

Aber auch auf Landesebene zeigte sich, daß SPD und FDP nicht an einer verantwortungsbewußten Energiepolitik zur Lösung der kommenden Versorgungsprobleme gelegen ist:

- Im April 1979 sagte Ministerpräsident Rau: „Für Nordrhein-Westfalen gilt es als sicher, daß in den nächsten Jahren kein neues Kernkraftwerk gebaut wird.“ (Neue Ruhr-Zeitung vom 3. April 1979)
- Im Wahlkampf zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 29. April 1979 entfachten Bundestagsabgeordnete der SPD und FDP, die in Bonn für die Kernenergie stimmten, eine Anti-Atom-Kampagne gegen die CDU-Landesregierung, die das Energieprogramm der Bundesregierung ausführte.
- Am 9. Mai 1979 forderte die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion in einem Entschließungsantrag die Ablehnung des integrierten Entsorgungszentrums Gorleben.
- Auf dem Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg im Juli 1979 wurde beschlossen, auf neue Kernkraftwerke zu verzichten.

Angesichts dieser chaotischen Zustände ist es nicht verwunderlich, daß das 1974 gesetzte Ziel von 20 000 Megawatt Kernkraftwerksleistung für 1980 nicht erreicht wurde. Die gegenwärtige Nuklearkapazität beträgt nur 9 300 Megawatt. Die Importabhängigkeit unseres Landes liegt nahezu unverändert bei 50 % des Primärenergiebedarfs.

Seit 1973 versucht die Bundesregierung vergeblich, sich gegen ihre eigenen Parteien durchzusetzen. Hierbei blieben die Disziplinierungsmaßnahmen der Parteiführung weitgehend wirkungslos. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Vizekanzler Genscher haben sich zu lange auf kurzatmiges Taktieren — besonders auf den entscheidenden Parteitagen — beschränkt und somit eine Situation herbeigeführt, die Erhard Eppler bereits als ein seit Jahren bestehendes faktisches Moratorium im Kernkraftwerksbau bezeichnet hat. Dies ist aufgrund der existentiellen Bedeutung der Energie eines der folgenschwersten Versäumnisse der Regierungspolitik.

Völlig zu Recht wurde auf einer Tagung der schweizerischen Vereinigung für Atomenergie im März 1980 zusammenfassend festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland es trotz leistungsfähiger Nuklearindustrie und trotz einer tadellos funktionierenden Nuklearkapazität erreicht hat, sich in den zurückliegenden Jahren in eine totale Lähmung hineinzumanövrieren. Die Energiepolitik

spielt für SPD und FDP die Rolle eines Schleifsteins, auf dem sich Seriosität und Glaubwürdigkeit beider Parteien langsam, aber sicher abgewetzt haben.

Durch Dirigismus zur Verbrauchseinschränkung

Die rationelle Energieverwendung und das Sparen von Energie sind wichtige selbstverständliche Ziele jeder Energiepolitik. Es ist aber eine Selbsttäuschung, wenn man den Eindruck erwecken will, als ob das „Weg-vom-Öl“-Ziel allein mit einer Energiesparpolitik gelöst werden kann. Dieser Fehleinschätzung erliegt die SPD, wenn sie auf ihrem Berliner Parteitag beschließt, daß die bessere Nutzung und Einsparung von Energie in der nahen und mittleren Zukunft als wichtigste Energiequellen anzusehen sind.

Noch bedenklicher als diese Fehleinschätzung des Ranges und der Möglichkeiten einer Sparpolitik sind die Instrumente und Methoden, die auf dem Berliner Parteitag zur Erreichung dieser Ziele beschlossen worden sind. Die Vorschläge der SPD für eine Politik der Energieeinsparung sind in vielen Punkten marktwirtschaftsfeindlich:

- eine Energieverbrauchsordnung;
- eine Vielzahl von Ge- und Verboten für die Energienutzung im Bereich der privaten Haushalte, zahlreiche Produktionsauflagen und Genehmigungsvorbehalt;
- eine Abwärmeabgabe;
- mehrere grundsätzliche Änderungen im Bereich der Industrie- und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen.

Die hier beschlossenen Maßnahmen laufen auf eine weitgehende Ausgliederung der Energiewirtschaft aus dem Gefüge unserer marktwirtschaftlichen Ordnung hinaus. Hier wird die Illusion geweckt, daß der verwaltete Energiemangel erstrebenswerter sei als eine Energieversorgung, die über einen intakten Markt vollzogen wird.

Energiedirigismus bedeutet eine einschneidende Einschränkung der Freiheit unserer Bürger. Die Anzahl der Behörden und Bürokraten müßte auf Kosten der Steuerzahler erhöht werden. Bewirtschaftung bedeutet:

- Bevormundung des Verbrauchers durch Auferlegung bestimmter Verhaltensweisen;
- Bevormundung der Wirtschaft durch wettbewerbsbehindernde Produktionsauflagen.

Wer wie die SPD Ge- und Verbote durchsetzen will, muß auch sagen, daß die Einhaltung dieser Auflagen ständig kontrolliert werden muß. Wer wie die SPD eben solche dirigistischen Maßnahmen zur Energieeinsparung beschließt, muß folgerichtig auch den Einsatz von Energiekontrolleuren bejahen.

Der Beschuß des SPD-Parteitages vom Dezember 1979 benutzt die Notwendigkeit, Energie rationell zu verwenden und einzusparen, als einen Vorwand, dem Ausstieg aus der Sozialen Marktwirtschaft einen Schritt näherzukommen.

Von der Unstetigkeit in der Energiepolitik gehen langfristig ordnungspolitische Gefahren aus, welche die Unsicherheit für die Energiewirtschaft noch verstärken. Dies ist eine substantielle Gefährdung der notwendigen strukturellen Anpassung innerhalb der deutschen Energiewirtschaft. Damit wird der Weg zur Reglementierung und Verstaatlichung bereitet.

Die Einbindung des energiepolitischen Gesamtkonzepts in den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft

Wirtschaftswachstum, Energieverbrauch und Umweltschutz müssen zusammen gesehen werden. Isolierte Maßnahmen helfen nicht, die vor uns stehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Die Bereitstellung der Energie für das erforderliche Wachstum kann nur durch ein energiepolitisches Gesamtkonzept im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft gelingen.

Allein die Marktwirtschaft mit ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gewährleistet optimale Lösungen. Dies zeigte sich vor allem in der 1. Ölkrise

1973/74, als unser marktwirtschaftliches System seine Leistungsfähigkeit zur Lösung der Versorgungsprobleme bewiesen hat.

Der steigende Bedarf an Energie kann nur gedeckt werden, wenn die konventionellen Energieträger optimal genutzt werden, wenn eine rationelle und sparsame Energieverwendung durchgesetzt wird, wenn neue nicht-nukleare Energiesysteme soweit wie möglich eingeführt werden und wenn der Ausbau der Kernenergie in erforderlichem Maße bei einer geregelten Entsorgung und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen ermöglicht wird.

Energieanbieter und -verbraucher müssen wissen, woran sie sind. Energiepolitik muß dem Energiesektor Rahmendaten vorgeben, um die notwendigen langfristigen Investitionen zu gewährleisten.

Sobald ordnungspolitische Maßnahmen zum Schutz der risikoreichen Investitionen verwirklicht sind, wird auch die Finanzierung der gewaltigen Investitionen keine unüberwindliche Hürde sein. Das Kapitalrisiko wird dann kalkulierbarer.

Ein energiepolitisches Gesamtkonzept im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft muß dafür eintreten, daß möglichst große Freiheitsräume erhalten bleiben und eine Ausweitung des Bürokratismus verhindert wird.

Eine verantwortungsbewußte Energiepolitik ist nicht gegen den Markt durchzusetzen, sondern ist nur durch den Markt zu verwirklichen. Hierbei ist die Funktionsfähigkeit des Preismechanismus und des Wettbewerbs Beweis für einen intakten Markt.

SPD und FDP sind eher bereit, über den „Atomstaat“ nachzudenken als über einen „Mangelstaat“. Auch hier wird eine bedenkliche Fehleinschätzung der Koalitions-Parteien deutlich. Nicht die friedliche Nutzung der Kernenergie führt zu einem kontrollierenden Staat, sondern vielmehr der Mangel an ausreichender Energie.

Dieser Mangel wird um so stärker dann auftreten, wenn wir nicht genügend Kernkraftwerke bauen. Die dann auftretenden Engpässe in der Energieversorgung führen zu staatlichen Auflagen und Kontrollen der Bürger.

Nur eine verantwortungsbewußte und damit erfolgversprechende energiepolitische Strategie, die den gleichzeitigen Einsatz aller Möglichkeiten im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft unterstützt, sichert unsere Energieversorgung. Unsicherheit in der Energiepolitik darf es nicht länger geben, weil ansonsten die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufs Spiel gesetzt wird.

Erforderliche energiepolitische Maßnahmen bei den einzelnen Energieträgern

Mineralöl

Die Sicherung der Rohölversorgung und der Versorgung mit Mineralölerzeugnissen muß gleichzeitig und gleichrangig betrieben werden mit der Politik des „Weg-vom-Öl“.

Für die Sicherung einer ausreichenden Rohöl- und Produktionsbasis kommt es darauf an, eine flexible und diversifizierte Beschaffung auch über die traditionellen Lieferströme hinaus sicherzustellen. Hierbei kommt einer sicheren Mineralölversorgung aus politisch stabilen Gebieten, einer beschleunigten Ersetzung durch andere Energieträger wie Kohle und Kernkraft sowie der verstärkten Erschließung neuartiger Lagerstätten eine besondere Bedeutung zu.

Kernenergie

Eine ehrliche und verantwortungsbewußte Energiepolitik muß deutlich machen, daß die Energieprobleme nur zu lösen sind, wenn trotz sparsamen und rationellen Energieverbrauchs, trotz der Suche nach neuen Energien und trotz des verstärkten Einsatzes der Kohle nicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet wird.

Für die CDU ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im notwendigen Umfang, bei einer geregelten Entsorgung und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen unverzichtbar. Sie darf sich nicht an einem dubiosen „Restbedarf“ orientieren, sondern muß ökonomisch sinnvoll in die Marktverhältnisse eingepaßt werden.

Vor allem im Grundlastbereich der Elektrizitätsversorgung sichert sie eine kostengünstige und vom Ausland im wesentlichen unabhängige Energieversorgung. Darüber hinaus sollte sie den Öleinsatz im Kraftwerksbereich weiter ersetzen und möglichst viel Kohle aus den Kraftwerken für die Veredlung freisetzen und damit für eine rationellere Verwendung der Kohle sorgen. Mittelfristig sollte auch die Kernenergie durch geeignete Reaktorsysteme verstärkt bei der Nutzung der Hochtemperaturwärme für die Kohleveredelung eingesetzt werden.

Dazu muß jedoch die von SPD und FDP verursachte Blockade der lebenswichtigen energiepolitischen Entscheidung aufgehoben werden. Klarheit, Rechtssicherheit und kürzere Entscheidungswege sind für die Genehmigungsverfahren unerlässlich.

Kohle

Kohle ist der wichtigste heimische Energieträger, dem eine besondere Bedeutung für die Lösung der deutschen Energieversorgungsprobleme zukommt. Die Kohle ist in der Lage, zu mehr Unabhängigkeit beim Import von Erdöl und Erdgas beizutragen.

Die langfristige Zukunft von Stein- und Braunkohle liegt neben der Verstromung vor allen Dingen in der Veredelung (Verflüssigung, Vergasung). Ein steigender Bedarf der Kernenergie zur Stromerzeugung kann helfen, einen Teil des inländischen Kohleaufkommens, vor allem der Braunkohle, aus Kraftwerken zur Dekkung der Elektrizitätsversorgung im Grundlastbereich, für die Veredelung freizusetzen.

Deshalb ist es dringend erforderlich, gerade in der Kohlepolitik eine eindeutige Rahmensetzung mit klaren Prioritäten für den zukünftigen rationellen Kohleeinsatz festzulegen, um eine optimale Nutzung der inländischen Fördermöglichkeiten und eine harmonische Einschleusung zusätzlicher Kohleimporte sicherzustellen.

Gas

Der maximale Versorgungsbeitrag des Gases liegt bei knapp 20 % des zukünftigen Primärenergiebedarfs. Hierauf hat sich die Gaswirtschaft mit einer ausgewogenen Beschaffungspolitik, verstärkten Produktionsaktivitäten und erhöhten Investitionen im Transport- und Verteilungsbereich, einschließlich einer Erweiterung und Verdichtung der Flächenversorgung, eingestellt. Ein mittelfristig höherer Versorgungsbeitrag würde zur Aufgabe der bisherigen Diversifizierungspolitik und zu mehr Energieimportabhängigkeit führen, die nicht dem Gesamtinteresse der Bundesrepublik Deutschland entspricht.

Regenerative Energieträger

Bisherige Forschung und Entwicklung haben gezeigt, daß die Nutzung der regenerativen Energien (Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Gezeiten, Erdwärme usw.) vom regionalen, quantitativen, verfahrens- und einsatzmäßigen Gesichtspunkt her vor-

erst nur in begrenzter Menge möglich sein wird. Selbst bei optimistischer Schätzung werden diese Energiequellen im Jahr 2000 kaum mehr als 8 % unserer Energieversorgung übernehmen können.

Die Nutzung regenerativer Energien aufgrund privater Initiative sollte jedoch aus energie- und industriepolitischen Gründen im technischen und anwendungsmäßigen Bereich von allen Hemmnissen befreit bzw. durch marktgemäße Anreize beschleunigt werden. Gerade auf diesem Gebiet liegt eine hervorragende Chance für mittelständische Unternehmen, den Strukturwandel im Energiebereich mitzustalten.

Die Politik ist gefordert, auf diesem Gebiet durch Anreize Signale zu setzen, damit diese Chance verstärkt von mittleren und kleineren Unternehmen genutzt wird.

Nicht konventionelle Energien

Forschung und Entwicklung im Bereich der Kohleveredelung und bei der Nutzung der Fernwärme sind voranzutreiben. Dies erfordert die notwendige Bereitstellung von Erzeugungskapazität

- für Strom auf Basis Kohle- und Kernenergie,
- für Gas aus Kohle,
- für Öl aus Kohle,
- für Fernwärme aus der Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Lösung des Energieproblems verlangt klare Entscheidungen

Der energiepolitische Kurs der CDU ist klar und verantwortungsbewußt. Unsere Vorschläge orientieren sich an den gegebenen Notwendigkeiten. Die CDU lehnt Formelkompromisse, mit denen sowohl die Nutzung als auch die Ablehnung der Kernenergie offen gehalten werden sollen, ab. Wie die CDU die drängenden energiepolitischen Fragen unserer Zeit lösen wird, steht in ihrem energiepolitischen Programm. Es wird mit einer Geschlossenheit und Stetigkeit von der gesamten

Union getragen, die es in anderen Parteien nicht gibt, die aber unverzichtbar sind für die Bewältigung der schwierigen Aufgaben, vor denen wir stehen.

Das energiepolitische Programm der CDU sieht die Energieprobleme nicht isoliert: Es schlägt eine Brücke zwischen den Erfordernissen der Energie- und Umweltpolitik und berücksichtigt ebenso die Fragen des Wirtschaftswachstums, der Sicherung der Arbeitsplätze und unserer sozialen Verpflichtungen, nicht zuletzt auch gegenüber den Ländern der Dritten Welt.